

Beitrag der SWAR zur BIR-Presskonferenz am 28.11.2014

Hanna-Lore Letsch
Schulze-Delitzsch-Str.11

Frankfurt/Main, 28.11.2014

700 Unterschriften waren Staatsminister Al-Wazir im August überreicht worden, zu denen auch die Seniorenwohnanlage Riederwald mit zwei Dritteln ihrer Bewohner beigetragen hat. Die Unzufriedenheit mit dem Ergebnis dieser Veranstaltung führte dazu, dass sich 73 Bewohner der Anlage im September nochmals mit einem Schreiben an Minister Al-Wazir wandten. Anlass der Besorgnis der Menschen in der SWAR ist die große Nähe ihrer Wohnstätten zum späteren Westportal des Tunnels und des anschließenden Trogs sowie auch zur erweiterten A661 mit der Kreuzung Erlenbruch-Dreieck. Sorge um ihre Gesundheit macht vor allem die enorme Zunahme des Autoverkehrs nach Inbetriebnahme der Autobahnen, die von Hessen Mobil auf 100 000 Fahrzeuge täglich geschätzt wird, die durch den Tunnel ein- und ausfahren werden. Das alles sozusagen vor ihrer Haustür, in etwa 80 Metern Entfernung zum westlichen Tunnelportal.

In dem Schreiben an Minister Al-Wazir waren erneut die Forderungen erhoben:

- Einrichtung einer Messstation für Lärm- und Schadstoffe am Riederwald.
Allein ständige Messungen am Erlenbruch können verlässliche Daten über die Belastungen liefern, denen die Bewohner während der langen Jahre der Bautätigkeit und auch später ausgesetzt sind. Hessen Mobil plant nicht einmal Gebläse- und Filteranlagen im Tunnelbau, so dass es dadurch zu weiterer Luftverschmutzung kommt.
- Nach Inbetriebnahme der Autobahnen sehen die Bewohner der SWAR sich in den teils 8-geschossigen Häusern allein durch 6 Meter hohe Lärmschutzwände und eine offenporige Asphaltdeckschicht keinesfalls geschützt.
Sie fordern deshalb die Einhausung der Autobahnen ab Tunnelportal und am Stadtteil vorbei.

Obwohl ein lufthygienisches Gutachten von Hessen Mobil vom Juli 2013 in Teilbereichen bereits Immissionsüberschreitungen im Ist-Zustand feststellt, sieht Minister Al-Wazir für alle geforderten zusätzlichen Schutzmaßnahmen keine Notwendigkeit und deshalb für das Land Hessen keine rechtliche Möglichkeit, sich über „die vorgesehenen Lärmschutzmaßnahmen hinaus an den Kosten für eine Einhausung zu beteiligen.“

In dieser Situation wecken die Worte von Oberbürgermeister Feldmann bei seinem Besuch am Riederwald am 18.11.2014 hohe Erwartungen. Da auch vom Magistrat unser Anliegen nunmehr ernst genommen werde, verspricht er, wegen besserer Schutzmaßnahmen bei Bund und Land nachzuhaken. In der Lärmschutz-Idee sieht OB Feldmann eine einmalige Chance, etwas für die Menschen zu erreichen. Wir brauchen „Zukunftsinvestitionen“, erklärte er wörtlich.